81.III, 179

EINHEITSFRONT

gegen Imperialismus

und Faschismus

NOV.71

NR.1

herausgegeben von dem Solidaritätskomitee zur Unterstützung des antifaschistischen Kampfes des Volks der Türkei

RETTEN WIR DIE DEMOKRATEN DER TÜRKEI

VOR DEN FASCHISTISCHEN HENKERN

Türkische Militärsondergerichte haben gegen 18 Demokraten Todesurteile ausgesprochen. Sie sind Mitglieder einer - jetzt verbotenen - politischen Organisation, die gegen die Abhängigkeit der Türkei von den Konzernen und Kapitalgesellschaften des Imperialismus, gegen das tiefe Elend des türkischen Volkes und gegen den Faschismus gekämpft hat, und deren Ziel eine wirklich unabhängige, freie und demokratische Türkei ist. Mitglieder dieser Organisationen hatten letztes Jahr 4 amerikanische Soldaten entführt. Als sie das geforderte Lösegeld nicht bekamen, ließen sie die GIs nach 3 Tagen wieder frei. Denn ihr Kampf geht gegen die ausländischen Konzerne, die die Türkei beherrschen und auf Kosten des Volkes Riesengewinne aus der Türkei herausholen - und nicht gegen 4 US-Soldaten.

Aber in Wirklichkeit sollen sie auch nicht wegen der Entführung gehenkt werden. Nach den Plänen der faschistischen Machthaber sollen diese 18 Todesurteile den Anfang der Liquidation des ganzen antifaschistischen Widerstandes sein.

Die Faschisten haben die Staatsmacht in der Türkei seit dem Putsch vom 12. März in der Hand: Den Geheimdienst MIT, die Polizei und die große Nato- und Centoarmee (viele Offiziere, die gegen den Faschismus waren, wurden "pensioniert","versetzt" und verhaftet); den Rundfunk und die Zeitungen (viele demokratische Zeitungen wurden verboten, alle Antifaschisten aus den Redaktionen "entfernt", nur noch die Meinung der Faschisten, die die Militärzensur erlaubt, wird veröffentlicht); die Regierung, das Parlament u. die Verfassung. Im Parlament streiten sich zwar noch verschiedene bürgerliche Parteien - aber nur darum, wer von ihnen welche Vorteile vom Faschismus haben soll. Der "Entmachtung des Parlaments", d.h. der Abschaffung der Demokratie durch die neue Verfassung, haben die bürgerlichen Parteien im Parlament selbst zugestimmt (die Abgeordneten der Arbeiterpartei waren zu der Zeit schon verhaftet). Mit der neuen Verfassung haben die Faschisten ihren Putsch und das anschließend verhängte Kriegsrecht nachträglich "legalisiert". Die neue Verfassung heißt für das Volk der Türkei nichts anderes als was das Kriegsrecht in den letzten Monaten bedeutet hat: alle demokratischen Rechte haben aufgehört, das Parlament, das Verfassungsgericht und die Zivilgerichte haben nichts mehr zu sagen, die faschistische Regierung erlässt auf dem Verordnungsweg die Gesetze und ihre Militärgouverneure verfolgen die Demokraten.

Aber der antifaschistische Widerstand ist trotz aller Verbote, Verhaftungen und Verfolgungen nicht tot.
Jetzt wollen die faschistischen Machthaber die ganze demokratische Bewegung vernichten.

Offiziel geben sie 5000 Verhaftungen zu, in Wirklichkeit sind es mehr als doppelt so viele. Die Gefängnisse und Kasernen, die als Konzentrationslager benutzt werden, sind voller Gewerkschafter, Arbeiter, Bauern, Politiker, Journalisten, Professoren und Studenten. Die 18 Todesurteile sollen erst der Anfang einer systematischen Terrorjustiz sein. Gegen 500 weitere Antifaschisten haben schon die Prozesse vor den Militärsondergerichten begonnen. Darunter sind 185 Lehrer, die das Verbot der Lehrergewerkschaft abgelehnt haben, 26 Studenten,

die Mitglieder einer verbotenen politischen Organisation sind, patriotische Offiziere, die sich der Unterdrückung ihres Volkes durch die Nato-Armee widersetzt haben, 83 Studenten und Offiziersschüler. Die ersten 18 Todesurteile legen die Bestialität für alle weiteren Prozesse fest. Schon sind weitere Todesurteile beantragt.
Auch gegen 13 Mitglieder einer politischen Organisation, die für die Entführung Elroms verantwortlicht gemacht wird, sind Todesurteile beantragt. Ihnen allen wird vorgeworfen, sie hätten Elrom umgebracht. Dabei ist nur klar, daß sie mit der Entführung im Zusammenhang stehen. Wer Elrom umgebracht hat, ist unbekannt. Beweise liegen nichtvor. Der israelische "Konsul" war ein Geheimdienstoffizier, der für die faschisten Listen anlegte von Demokraten und Antifaschisten, die jetzt verhaftet sind. (darüber berichtet auch der Spiegel, Nr. 23/71)

Die Ankläger der Militärsondergerichte haben in allen Prozessen keinerlei Beweise. Die Anklage beruht meistens auf absurden Lügen oder völlig lächerlichen Beweismaterial. So wurden z. B. gegen Journalisten jahrealte Zeitungsartikel hervorgekramt, in denen sie Maßnahmender damaligen Regierung angriffen. Die Faschisten brauchten auch gar keine Beweise. Die Urteile stehen schon im Voraus fest. Die antifaschistische Bewegung in der Türkei soll vernichtet werden. Ihre Köpfe und Wortführer sollen ermordet werden, um das Volk der Türkei einzuschüchtern, um seinen Widerstand gegen den Faschismus zu lähmen, um die Organisationen, die den antifaschistischen Kampf tragen, auszuschalten, um die Macht der Faschisten zu demonstrieren und den ausländischen Konzernen zu zeigen, daß sie sich auf die Macht der faschistischen Militärdiktatoren verlassen können und ihre Investitionen in der Türkei in Sicherheit sind.

In dieser Zeit des verschärften faschistischen Terrors ist es für die Antifaschisten in der Türkei, für den Mut des Volkes der Türkei, sich dem Faschismus nicht zu beugen, außerordentlich wichtig, zu sehen, daß in aller Welt Solidaritätsaktionen zur Unterstützung des antifaschistischen Widerstands stattfinden. Dem dient auch die Demonstration in München zu der die Antifaschisten der Türkei aufgerufen haben.
Folgt dem Aufruf zur Demonstration am Samstag, den 13. Nov., Aufstellung 10.30 am Alten Botanischen Garten, Abmarsch 11.00, Schlußkundgebung gegen 12.45 am Wörthplatz. Unterstützt die Agitation und Propaganda der Antifaschisten der Türkei.

Geldspenden mit dem Zusatz "Antifaschistische Hilfe Türkei" auf das Postscheckkonto Mchn Nr. 257878, Ulrich Sedlaczek.

Impressum:

presserechtlich verantwortlich:
Klaus Funke, 8 München 80, Hochstr. 27

Münchner Gewerkschaften gegen Faschismus

RESOLUTION: verabschiedet auf der Gemeinsamen Spartenversammlung aller Berufsgruppen und Sparten im Ortsverein München 16.10.71

"Die Versammlung möge beschließen, den Hauptvorstand der IG Druck und Papier zu beauftragen, gegen die am Samstag, den 9.10.71 in der Türkei ausgesprochenen 18 Todesurteile bei der Türkischen Botschaft schärfsten Protest einzulegen.

Begründung:

Diese faschistischen Terrorurteile, welche von Militärs gefällt werden, setzen den Maßstab für viele weitere Prozesse, in deren Verlauf noch hunderte von Gewerkschaftern, Demokraten und Studenten mit dem Tod bedroht werden. Deshalb ist es notwendig, diesen Beginn einer Terrorwelle nicht widerspruchlos hinzunehmen."

Die ca. 45 anwesenden Kollegen stimmten bei 3 Enthaltungen für diese Resolt

diese Resolution.

RESOLUTION: einstimmig verabschiedet auf der Mitgliederversammlung der Fachgruppe Buchhandel und Verlage in der Gewerkschaft Handel Banken Versicherungen am 27.10.71

"Seit März dieses Jahres herrscht in der Türkei die offen faschistische Militärdiktatur. Die Verfassung wurde durch das Kriegsrecht außer Kraft gesetzt. Gewerkschaften und andere demokratische Organisationen sind verboten, ihre Mitglieder den härtesten Verfolgungen ausgesetzt. 18 Antifaschisten sind bereits zum Tode verurteilt, Hunderten stehen schwere Urteile bevor.

Nur der Druck der Demokraten und Antifaschisten in aller Welt kann die Vollstreckung der Todesurteile noch verhindern. Deshalb unterstützt die Fachgruppe Buchhandel und Verlage alle Aktionen, die diese internationale Solidarität bekunden. Wir fordern deshalb alle Kollegen auf, an der Solidaritätsdemonstration teilzunehmen, die von der Patriotischen Einheitsfront für eine demokratische Türkei am 4.11. in München veranstaltet wird."

Die Demonstration findet jetzt am 13.11. statt, Aufstellung 10.30, Abmarsch 11 Uhr am Alten Botanischen Garten.

Der Kampf geht weiter

Grundsatzerklärung des Solidaritätskomittees zur Unterstützung des antifaschistischen Kampfes des Volkes der Türkei.

Nach dem 2. Weltkrieg hat sich eine Handvoll us-amerikanischer und westeuropäischer Konzerne die Türkei unterworfen.
Mit großen Krediten, Wirtschafts- und Militär-"hilfen" handelten sie mit der türkischen Großbourgeoisie aus, die Türkei für Kapitaleinfuhren zu öffnen. Schon nach wenigen Jahren hatten sie so viel Kapital in die Türkei gebracht, daß sie wichtige Industrien des rückständigen Landes kontrollierten.
Die türkische Großbourgeoisie steigerte ihre Gewinne aus dem Außenhandel durch Steigerung der Einfuhren. Die Ausfuhr des rückständigen Landes fiel immer weiter hinter die Einfuhr zurück. Das Handelsdefizit wuchs bedrohlich.
Die imperialistischen Monopole handelten sich gegen weitere Kredite, die sie nur allzu gern vorstreckten, immer mehr Konzessionen aus, die billigen Arbeitskräfte und die Rohstoffe der Türkei auszubeuten. Die Auslandsschulden der Türkei wuchsen weiter. Und schon 1950 war die Schlinge zugezogen: 95% der türkischen Goldreserven waren an den Imperialismus verpfändet. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Türkei vom Imperialismus war perfekt. Und die türkische Großbourgeoisie hat seither das lohnende Geschäft, das Volk der Türkei, die billigen Arbeitskräfte und die Rohstoffe der Profitgier der imperialistischen Monopole auszuliefern, nur noch weitergetrieben.
1952 -nachdem der türkische Staat völlig an den Imperialismus verschuldet ist- wird die Türkei Mitglied der NATO. 1955 wird dem Volk der Türkei auch noch die CENTO (damals: Bagdad-Pakt) aufgebürdet. Der Imperialismus plündert nicht nur die Rohstoffe und beutet die Arbeitskräfte der Türkei aus - er hat auch das Kommando über ihre Soldaten, um sie gegen andere Völker in seine Kriege zu führen, oder gegen das Volk der Türkei selbst einzusetzen - wie dieses Jahr bei der Errichtung der faschistischen Militärdiktatur.

Die Türkei in den Fängen des Imperialismus

Die Zugehörigkeit der Türkei zur "freien Welt", d.h. die völlige Abhängigkeit von einem internationalen wirtschaftlichen, politischen und militärischen System, das die Profite der imperialistischen Monopole steigern und die Ausbeuterherrschaft garantieren soll, zog die Wirtschaft der Türkei immer wieder in tiefe Krisen hinein. Auch die Entwicklung der Landwirtschaft war unter der Herrschaft der türkischen Großbourgeoisie nicht möglich. Mit Preissteigerungen, Steuererhöhungen, sinkenden Reallöhnen, schwindenden "Sozialausgaben" des Staates und den übrigen allbekannten kapitalistischen Maßnahmen wälzte die türkische Großbourgeoisie die Last der Krisen auf das Volk ab. Die Lage des Volkes der Türkei wurde immer schlechter, die Herrschaft des Imperialismus und der türkischen Großbourgeoisie immer drückender.
Mit Streiks, Demonstrationen, Fabrik- und Landbesetzungen versuchte das Volk der Türkei sein wachsendes Elend aufzuhalten. Doch die türkische Großbourgeoisie besorgte immer brutaler das Geschäft des Imperialismus. Sie machte sich an die Zerschlagung der gewerkschaftlichen [illegible]

tischen Organisationen der Arbeiter und Bauern, der demokratischen und sozialistischen Organisationen der Studenten, der Intellektuellen, der werktätigen Intelligenz und der kleinen Beamten und Angestellten, bekämpfte Streikrecht, Versammlungsfreiheit, Demonstrationsrecht, Koalitionsfreiheit, Freiheit der Presse und weitere demokratische Rechte um den Widerstand gegen die verschärfte Ausbeuterherrschaft und Verelendung auszuschalten. Im immer öfter verhängten kriegsrecht, im offenen Terror faschistischer Banden, in Verfolgungen, Verhaftungen, Folter, Pogromen, Hetze und politischen Morden zeigte der Imperialismus mehr und mehr sein faschistisches Gesicht. Das Volk der Türkei wehrte sich verzweifelt. Doch es konnte den Faschismus nicht aufhalten.
Schon einmal herrschte in der Türkei die offene, terroristische Diktatur der Großbourgeoisie. 1960 hatte das ganze Volk der Türkei in einem breiten Bündnis, das von der Arbeiterbewegung, den Bauern und Studenten bis in die Armee hinein reichte, die Militärdiktatur beseitigt und die grundlegenden bürgerlich-demokratischen Freiheiten wieder erkämpft. Jetzt hat die türkische Großbourgeoisie schon wieder zur Faschistenherrschaft als Ausweg aus der Krise gegriffen.
Das Volk der Türkei muß sich daher völlig vom Imperialismus befreien, wirtschaftlich, politisch und militärisch, und von seinen Lakaien, der türkischen Großbourgeoisie, um sein Land in Freiheit, in einer nach seinem Willen und seinen Bedürfnissen errichteten Gesellschaft, nach seinem Willen und für seine Bedürfnisse zu entwickeln und in Freiheit leben zu können. Auf diesem Weg zur völligen Unabhängigkeit vom Imperialismus und zum Sturz der Ausbeuterherrschaft in der Türkei muß das Volk der Türkei als ersten Schritt den Faschismus zerschlagen.

Nieder mit den faschistischen Handlangern des Imperialismus

Die weltweite Krise des Imperialismus verschärft sich immer mehr. Die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die sich aus seiner Knechtschaft befreien, entreißen ihm damit Rohstoffquellen, Arbeitskräfte und Märkte und sie schwächen ihn, da er an immer neuen Fronten seine Kräfte zersplittert.
Im Nahen Osten gelingt es dem Imperialismus genausowenig wie in Indochina, den nationalen Befreiungskampf auf die Dauer zu unterdrücken. Die palästinensische Revolution, die an der Spitze des Kampfes der arabischen Völker gegen den Imperialismus steht, hat die grausamsten Angriffe der imperialistischen Garnison Israel und anderer imperialistischer Söldner abgewehrt und wird trotz mancher Rückschläge immer stärker. Mit dem Faschismus in der Türkei hat sich der Imperialismus die Möglichkeit geschaffen, die türkischen NATO- und CENTO-Truppen gegen die arabischen Völker vorzuschicken - ohne den wirksamen Widerstand breiter Teile des Volkes der Türkei, der durch den Faschismus zunächst erstickt ist.
Auch die Krisen der einzelnen imperialistischen Mächte vertiefen sich und damit verschärft sich ihre Konkurrenz in ihren schrumpfenden Einflußsphären. Es zeichnet sich schon wieder eine Entwicklung ab wie in den 30er Jahren. Die Handelskriege zwischen den imperialistischen Mächten warnen uns vor der Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges um die Einflußsphären der großen imperialistischen Mächte, das heißt eines Krieges, der darum geführt werden soll, welche imperialistische Macht welchen Völkern die Rohstoffe plündern und die Arbeitskräfte ausbeuten soll.

In der Türkei herrscht als erste imperialistische Macht immer noch der US-Imperialismus. Aber der westdeutsche Imperialismus hat sich seit dem II. Weltkrieg schon wieder auf die zweite Stelle expandiert; mit der geplanten Einverleibung der Türkei in die EWG versuchen die westdeutschen und anderen westeuropäischen Monopole, gegen die Konkurrenz des US-Imperialismus, die Türkei vollends in ihre Einflußsphäre einzubeziehen. Und in beiden imperialistischen Staaten schreitet die Aufrüstung, die Militarisierung, die braune Hetze und die ganze Faschisierung voran.
Das Solidaritätskomitee zur Unterstützung des antifaschistischen Kampfes des Volkes der Türkei verbindet daher die Solidarität mit dem Volk der Türkei mit dem Kampf gegen Kriegsgefahr und Faschismus im eigenen Land. Es sieht in der Stärkung der Kämpfe gegen die imperialistische Kriegsgefahr und den Faschismus in Westdeutschland eine wichtige Unterstützung des gerechten Kampfes des Volkes der Türkei.

Für die internationale Solidarität gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg

Das Komitee erklärt sich insbesondere solidarisch mit den Auslandsorganisationen der Türkei, die eine antifaschistische Einheit bilden. Ein sehr großer Teil der türkischen Arbeiter mußte sich in Westeuropa als "Gast"arbeiter verdingen. Für den Erfolg des antifaschistischen Kampfes in der Türkei ist es von großer Bedeutung, daß die türkischen Auslandsorganisationen die türkischen "Gast"arbeiter in Westeuropa in den antifaschistischen Kampf führen.
Während die Auslandsorganisationen sich vor allem auf den antifaschistischen Kampf der türkischen "Gastarbeiter" konzentrieren, wendet sich das Solidaritätskomitee in erster Linie an die studierende Jugend und die Intellektuellen Westdeutschlands.
Dabei streben wir eine möglichst breite Front gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg an.

Zur Organisation

Mitglied des Türkei-Komitees kann werden, wer gezeigt hat, daß er aktiv für die ziele, die das Komitee angibt, eintritt.
Das Komitee tritt öffentlich nur auf (Flugblatter, Kampagnen, Bündnisverhandlungen etc.) gemäß den Beschlüssen seiner Mitglieder. Aufgrund solcher Beschlüsse kann jedes Mitglied das Komitee nach außen vertreten.

REFORMEN...

In ihrer Regierungserklärung stellten sich die türkischen Faschisten als großartige Reformer heraus.Sie haben mit den Faschisten anderer Länder gemeinsam, daß sie sich gerne als Revolutionäre aufspielen.So nannten die Nazis sich Nationalsozialisten, die Obristen in Griechenland feiern den Jahrestag ihrer"Revolution", der Schah von Persien preist sich mit der "weißen Revolution". Die bürgerliche Presse lobt der Reformeifer in der Türkei,wie sie auch schon nach dem Putsch in Griechenland argumentierte, daß die Demokratie nur gerettet werden könne indem man sie erst mal abschafft.Auf die wichtigsten"Reformen" soll hier eingegangen werden.

Verfassungsreform

Die eiligste dieser Reformen war die Verfassungsreform.Sie sollte abgeschlossen sein bevor das in 11 Provinzen verhängte Kriegsrecht ablief.In der Tat ist die neue Verfassung ein würdiger Nachfolger des Kriegsrechts.41 Artikel wurden geändert.Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, das Recht Gewerkschaften zu gründen können aufgehoben werden, wenn [illegible] der Schutz der Einheit des Staates mit seinem Territorium und seiner Nation, Wahrung der Nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, der allgemeinen Moral" erfordert.

Der Staat darf Druckmittel und Druckereien beschlagnahmen.Damit werden die Druckereien sich hüten, Texte mit irgendwelchen oppositionellen Äußerungen zu drucken.

Die Kontrolle durch das Verfassungsgericht wird aufgehoben wie auch das Recht der Parlamentarischen Anfrage.

Die Selbstverwaltung der Rundfunk- und Fernsehanstalten und der Universitäten wird beendet, sie werden direkte Organe der Regierungspolitik.

Und schließlich kann die Regierung am Parlament vorbei per Dekret Gesetze erlassen, wenn das Parlament vorher Thema und Dauer des Gesetzes angenommen hat.

Diese Verfassungsänderung wurde unter ständigem Drohen des Einschreiten des Militärs vorgenommen. Überhaupt räuspern sich die

Gerüchte bei jeder zu langen Debatte des Parlament „Dieses Parlament ist sowieso eine Farce:Bei den Wahlen können wegen des hohen Analphabetentums(60%) die islamischen Geistlichen und einige bestochene Dorfvorsteher,die als einzige lesen können, mühelos dafür sorgen daß die ganze Landbevölkerungdie Rechtspartei wählt.Die wenigen Abgeordneten der einzigenOppositionspartei wurden verhaftet, ihre Partei, die Arbeiterpartei, wurde verboten.Die bürgerliche Presse spielt die Bedeutung dieses Parlaments hoch und macht viel Lärm um eine sogenannte Regierungskrise.Diese Karikatur einer Volksvertretung hat mehrheitlich für der Faschismus gestimmt und durch ihre Abstimmung sich selbst "entrechtet".

Verfolgungen

Die Regierung gibt an, daß die Vorraussetzung für erfolgreiche Reformen die "Wiederherstellung der Ordnung" sei.Allerdings läßt sich kein Volk solche "Reformen" freiwillig gefallen.Deshalb wurden von Anfang an zahlreiche Organisationen verboten, tausende von "Verdächtigen" verhaftet, der Widerstand mit systematischem Terror erstickt, die Gefängnisse überfüllt.Folgende Organisationen wurden verboten, ihre Mitglieder verfolgt:

Arbeiterpartei
Dev-Genc(Revolutionäre Jugendföderation)
Föderation der sozialdemokratischen Vereine
Sosyalist Genclik Örgütü(Sozialistische Jugendorganisation)
Türkische Lehrergewerkschaften,
Gewerkschaft der Volksschullehrer
Dogu Kültür Ocaklari(Kulturvereine des Ostens)
Föderation der Vereine gegen Arbeitslosigkeit und Preiserhöhung
Asistenlar Dernigi(Vereine der Assistenten)
Türkiye Milli Genclik Teskilati(Nationale Jugendorganisation)
Türk Hukuk Kurumu(Türkische Juristische Gesellschaft)

Eine Reihe Zeitungen wurden verboten und ihre Redakteure vor Militärtribunale gestellt:

Act
Emek
Kurtulus
Türkye Solu
Ileri
Ortam
Devrim
Sosyalist
Aydinlik Sosyalist Dergi
Aydinlik Sosyalist Proleter Devrimci
Isci-Köylü

Viele andere Zeitungen wurden nur für kurze Zeit verboten(zB. Cumhuriyet, Aksam). In den Redaktionen sitzen jetzt Faschisten. die Zeitungen erscheinen wieder.

Zur Durchführung dieses Terrors unterhält die Türkei einen aufwendigen Gewaltapparat.Neben der Polizei gibt es eine Gendarmerie, einen sehr großen Geheimdienst(MIT).Personalkosten verschlingen44% des Staatshaushalts.In den letzten Jahren wurde auch

die Armee immer wieder gegen Streikende und Demonstranten eingesetzt.Die Türkei hat relativ zur Bevölkerung mehr als doppelt so viele Soldaten wie die Bundesrepublik.Obwohl die Armee von der Nato unterhalten wird, verschlingt das Militär immer noch ein Drittel des Staatshaushalts.

Im Osten der Türkei kämpfen seit Jahren die Kurden gegen ihre rassistische Unterdrückung.Seit dem Putsch sind sie einer besonders starken Unterdrückung ausgesetzt.Ihre Sprache, Brauchtum, Kultur sind verboten- obwohl die kurdische Landbevölkerung kaum türkisch kann.Ständig dringen Militärkommandos in die Dörfer ein.Offiziell gibt es garkeine Kurden, sie müssen "Bergtürken" genannt werden.Es diente als Vorwand für das Verbot der Arbeiterpartei, daß sie für die Kurden eintrat.

Landreform

Ein Kernstück des Reformprogrammes ist die Landreform.10% des Landes(nicht des landwirtschaftlich genutzten Landes) gehören einigen Großgrundbesitzern.70% der Bevölkerung leben auf dem Land, sie Stellen 75% der Arbeitskräfte , während der Anteil der Landwirtschaftam Volkseinkommen35% beträgt.Die Masse der Landbevölkerung lebt in Pachtabhängigkeit.Das Durchschnittseinkommen der Landbesitzer ist 43 750 TL, während das der Bauern den hundertsten Teil, nämlich 485- 600 beträgt.Nur 10% der Dörfer haben Elektrizität.

Nun also verspricht die Regierung (wie übrigens alle ihre Vorgänger) eine Landreform.Geplant ist, daß das Land der Großgrundbesitzer an die Bauern verkauft wird.Was sich für die Bauern damit ändert, ist nichts:Statt des Pachtzinses müssen sie Kredit und Zinsen zurückzahlen.In Persien, wo die Bodenreform auf diese Weise durchgeführt wurde, geht es den Bauern schlechter als zuvor.

Immer mehr Bauern werden zur Landflucht gezwungen.Istambul wuchs in 10 Jahren von 1.4 auf 2.2 Mio. Einwohner.Zwei Drittel der Einwohner von Ankara leben in Slums. Ebensowenig wie diese Regierung eine Landreform durchführen wird die dem Volk hilft, werden andere Reformen(Bildungswesen, Ausbau der Universitäten) falls sie je durchgeführt werden,einen Fortschritt bringen. Für wirkliche Reformen müßte die Regierung Mittel bereitstellen die sie für ihren Unterdrückungsapparat braucht.Wegen dem Bankrott des ganzen Systems kann es nur noch mit Gewalt dem Volk aufgezwungen werden.

Verstaatlichungen

Als 1966 die Konzerne in Westdeutschland in Schwierigkeiten gerieten, erhöhten sie ihre Investitionen in der Türkei beträchtlich. Gleichzeitig begann die Demirelregierung mit einer scheinbar protektionistischen Politik, scheinbar- denn die Importbeschränkungen schützten nicht die Türkei vor den Imperialisten, sondern schützten in Wirklichkeit die Niederlassungen der Konzerne in der Türkeivor ihren Konkurrenten.Sie verschafften diesen Konzernen eine quasi-Monopolstellung auf dem Markt, da türkische Konkurrenzprodukte entweder nicht vorhanden sind oder dem Wettbewerb nicht standhalten konnten.Einer Aufführung von Artikeln, die in de Türkei schon hergestellt werden, die also nicht mehr eingeführt werden können, fügt die SZ* vorsichtig hinzu:"Unter diesen Artikeln befinden sich einige, die dank ausländischer Investitionen in der Türkei produziert weredn."

Die ausländischen Investitionen liegen hauptsächlich auf dem Gebiet de chemischen Industrie, im Montagebau vor Kraftfahrzeugen, und in der Leichtindustrie.Diese Industrien sind extrem importabhängig.Weil die Vorprodukte, Teile, Ersatzteile eingeführt werden müssen, ist die ihr Beschäftigungseffekt sehr gering.Außerdem trägt die Produktion von Konsurgütern nicht zum Aufbau des Landes bei, die Industriestruktur ist kaum konkurrenzfähig und der Druck auf die Zahlungsbilanz ist bei überwiegend Importabhängiger Industrien groß.

Die von der Erim Regierung angekündigten Preis- und Qualitätskontrollen und die Bestimmung, daß Güter die schon in der Türkei hergestellt werden, nicht in "übergroßem Maße" eingeführt werden dürfen, unterscheiden sich nicht von dem scheinbaren Protektionismus der Demirel Regierung.

Viel machten in der Presse die Andeutungen von Verstaatlichungen von sich reden.Erim betonte,daß er an einer Wirtschaft festhalten will die aus einem staatlichen und einem privaten Sektor besteht. Es ist durchaus verständlich, wenn er auch in diesem Punkt die volle Unterstützung der Imperialisten genießt:Bisher sind einige Bergbaugebiete,Eisenbahnen, Schiffahrtslinien und Versorgungsbetriebe staatlich;der ganze staatliche Sektor ist schwer defizitär(Pearson Bericht S.I/119).

Weiter hat die Regierung die Absicht, daß <u>neue</u> Investitionen nur bei türkischer Kapitalbeteiligung von 49%, und nur, falls es sich um technisch moderne, exportorientierte Betriebe handelt, erlaubt

*SZ vom 25.9.71

werden sollen.Letzterer Bestimmung werden die ausländischen Konzerne selbstverständlich nachkommen.Ansonsten ist die Regierung aktiv dabei ausländische Unternehmen in die Türkei einzuladen, wie zum Bau des Staudammes und Kraftwerkes von Karakaya, oder im Fall des Angebots an Perkins zum Bau einer Dieselmotor- und Traktorfabrik.Insgesamt urteilt die Financial Times(18.10.71):"Die gegenwärtigen politischen Unsicherheiten sind nicht erstmalig, und die Investoren, die bereit sind, bei ihren Verhandlungen die türkischen Interessen zu berücksichtigen wie auch ihre eigenen , und die langfristig denken, werden wohl kaum ihren Entschluß, in die Türkei zu gehen, bedauern."

Die staatlichen Einflüsse auf Import und Investitionen erfüllen über das gesagte hinaus den Zweck, die ausländischen Konzerne vor "Fehlinvestitionen " zu bewahren.Financial Times(18.10.71):"Investors need local guidance"(also die Investoren brauchen die Anleitung durch Lokale Behörden).

Die Folgen sind:Verschuldung:Schon seit 1950 sind 95% der türkischen Goldreserven verpfändet.Ende 1970 betrugen die Schulden 2.521 Mio Dollar und die Zinsen897Mio.80% aller neuen Kredite werden für Tilgung und Zinsen alter Kredite gebraucht.Die Inflation wird immer schneller. Von März bis Anfang Juni dieses Jahres stiegen die Preise für Brot, Wasser, Fleisch, Kohle, Gemüse, Obst, Tabakwaren, Fahrkarten für öffentliche Verkehrsmittel um durchschnittlich 95%!In dem Versuch, den Staatshaushalt auszugleichen, erhöhte die Regierung die Steuern. Als direkte Folge der Erhöhung der Steuern für Landbesitz und für Gesellschaften wurden 30 000 Bauarbeiter entlassen, wovon die Financial Times sich einen" dynamischen Effekt" auf die Wirtschaft verspricht. Die Ausländischen Konzerne können auf Grund der hohen Profite die Steuererhöhungen in Kauf nehmen. Die Arbeitslosigkeit, die in den letzten Jahren je nach Saison zwischen 1,5 Mio und 9Mio schwankte, wird in dieser Gesundungspolitik("gesundere" Bindung an den Imperialismus) noch erhöht;das Volk hat in Form von Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen, Steuererhöhungen, Inflation, die Folgen dieser Politik zu tragen, während die ausländischen Konzerne weiter ihre Profite ausführen können.Die USA führten bereits Profite in Höhe von 135% ihres gesamten Investierten Kapitals aus.

Außenpolitisch ist diese Politik der Erim Clique von einer"akzentuierten Hinwendung zum Westen" , "selbst auf Kosten von wirtschaftlichen Interessen" begleitet(NZZ 2. 7.71).

Die Erim Regierung setzt die alte Politik der Abhängigkeit vom Imperialismus genau fort und spielt sich vor dem Volk als Vorkämpfer für die Unabhängigkeit vom Imperialismus auf.

SOVIEL ÜBER REFORMEN..